

verbesserung der Ernte durch Drückung des Prozentjahres mäßigen Obstes ein. Darum versäume niemand im kleinsten Garten die Arsenalkspritzung nach dem Blütenabfall bei Apfel und Birne!

(Achtet auf die Blutlaus!) Mit Recht ist die Blutlaus (Schizoneura lanigera) als Apfelbaumschädling gefürchtet. Ein bläulich-weißer flockiger Fleck in der Rindeborke verrät sie im Frühjahr. Zerdrückt man den Fleck, so sieht man eine rote Masse, die von den zerquetschten roten unreifen Blutläusen herrührt, die noch im Witterleibe waren. Die Schädlinge sind nämlich vivipar, d. h. sie gebären lebendige Junge. Diese sind bald wieder geschlechtsreif und vermehren sich, ohne befruchtet zu sein. Die ungeschlechtlichen, dicht mit Wolle bekleideten, etwa 2 mm großen schokoladenfarbenen Weibchen erzeugen alle 2 bis 3 Wochen eine neue Generation. Die jungen Läuse stechen mit ihren Nüsseln die saftführenden Zellen an und verursachen beulenartige Auswüchse an den Zweigen (Krebswunden). Ihr Schaden ist meist größer als man annimmt. Im Herbst treten auch Geschlechtsstadien auf, sodas Eiablage erfolgt. Viele Weibchen überwintern nahe dem Wurzelhalse. Die im Herbst erscheinenden geflügelten Weibchen schweben oft wie kleine Wölchchen durch die Luft und können so eine ganze Gegend versuchen. Wer seine Apfelbäume sauber von diesem Ungeziefer halten will, mache auch seine Nachbarn auf die Gefahr aufmerksam, den aller Fleiß nützt nichts, wenn die Blutlaus noch in den Nachbargärten Schlupfwinkel hat, d. h. wenn die Apfelbäume der angrenzenden Grundstücke noch Befall zeigen.

Pulsnitz M. S. (Operetten-Abend) zum Besten der Künstlerhilfe. Auf Anregung durch die Gemeindeverwaltung von Pulsnitz M. S. hatte sich der M. S. V. „Viederkrantz“ bereitgefunden, den notleidenden Künstlern Sachsens Unterstützungsmittel zu verschaffen durch Aufführung der dreitägigen Operette „Das Blumenmädchen“ des ehemaligen Dresdener Residenztheaterkapellmeisters Dr. Brenner. Sie fand am Sonntag, dem Schlußtage der Sächs. Künstlerhilfswoche, statt. Die Darbietung selber war von bestem künstlerischen Erfolg begleitet, denn die Solokräfte waren vortrefflich ausgewählt worden und beherrschten ihre Rollen gefanglich und darstellerisch aufs Beste, die szenische Aufmachung war sehr reizvoll und das Zusammenwirken mit Chor und Orchester durch das Geschick und die Musikalität des Viedermeisters Herrn Frister aufs Beste gelungen. Zu gefälligen Melodien und packenden Rhythmen kam eine oft drastische aber höchst anständige Handlung, sodas reicher Beifall die Mühe der Ausführenden lohnte. Herr Bürgermeister Boden dankte dem Verein für seine Opferwilligkeit und gab zugleich bekannt, das auch der Arbeitergängerverein „Freie Sänger“ und der Turnverein M. S. durch Sammlungen Mittel aufgebracht haben zu obengenanntem Zweck. So wurde in der Gemeinde Pulsnitz M. S. versucht, der Not unserer Künstler zu steuern.

Niedersteina. (Verbandsstag der Freiwilligen Feuerwehren.) Nächsten Sonntag, den 13. Mai, findet der 47. Verbandsstag der Freiwilligen Feuerwehren im Bezirke der Amtshauptmannschaft Kamenz in unserem Orte statt. Es ist dies das zweite Mal, das ein Verbandsstag in unserem Orte abgehalten wird. Vielen wird noch der erste vor 16 Jahren in Erinnerung sein, wo der Ort einen überaus reichen Ehrenpforten- und Guirlandenschmuck aufwies. Auch diesmal wird die Einwohnerschaft alles daran setzen, durch Schmückung des Ortes das Fest zu verschönern, sodas die Gäste auch diesmal einen freundlichen Eindruck von Niedersteina mit nach Hause nehmen können. Möge der Wettergott am nächsten Sonntag ein recht freundliches Gesicht zeigen!

Königsbrück. (Ein gefährlicher Unfallschiff) konnte am Sonntag von der hiesigen Polizei in flagranti ertappt werden. Ein Mietsauto der Firma Peuker in Kamenz, das Teilnehmer an der Zusammenkunft der 182er nach Königsbrück gebracht hatte, hielt vor dem Ratskeller. Plötzlich bemerkte ein Polizeibeamter, wie sich der 26-jährige P. in verdächtig Weise an dem Auto zu schaffen machte. Der Bursche versuchte mit einem spitzen Gegenstand den Gummireifen eines Hinterrades zu durchbohren, was ihm aber infolge des Dazwischentreten des Polizeibeamten nicht gelang.

Rosenthal b. Kamenz. (Zubiläumsjahr.) Bereits am 1. Mai nahmen die Jubiläumsfeierlichkeiten, die im Laufe des Jahres zum Andenken an das 1000-jährige Bestehen des Gnadenortes geplant und zumeist religiöser Art sind, ihren Anfang. Da wallfahrte an 800-900 wendische Kinder aus den Schulen der katholischen Pfarze mit ihren Lehrern und Geistlichen zur Gnadenstätte, wobei der bejahrte Prälat Sauer aus Baunzen den Festgottesdienst und Kaplan Jagwank-Croftwig die Predigt hielt, während die fromme Kinderschar tiefinnige Marienlieder mit Begleitung der Orgel sang. Am vergangenen Sonntag kamen nun an 430 Dresdener Katholiken mit Extrazug nach Jescha (bei Königswartha), von wo aus sie den weiteren fast zweistündigen Weg zu Fuß zurücklegten, während die älteren und gebrechlichen Personen ein Lastauto zur Beförderung benützten. Um 11 Uhr zelebrierte Bischof Dr. Schreiber ein feierliches Hochamt und hielt zugleich auch die Festpredigt. Der Dresdener Vätersverein sang dazu eine lateinische Messe. Die Mittagspause benützten die Wallfahrer zur Befestigung des Ortes und Fühlungnahme mit der einheimischen Bevölkerung. Nach dem Nachmittagsgottesdienst begaben sie sich wieder auf den Heimweg über Jescha, wo ihrer der Extrazug harzte und sie in die Heimat zurückbrachte.

Kadeberg. (Todesfall.) Am Sonntag früh starb der Landesvorsitzende der sächsischen Feuerwehren und Kreisvertreter Fabrikbesitzer Paul Reinhold. Der Verstorbenen hat ein Alter von nur 54 Jahren erreicht. Er hat sich um die Entwicklung des sächsischen Feuerwehrwesens große Verdienste erworben.

Die nationalen Truppen haben sich aus dem Geschäftsteil der Stadt zurückgezogen. Die Kämpfe sind eingestillt; nur einzelne verstreute chinesische Soldaten werden von den japanischen Truppen dingfest gemacht. Unter den geplünderten Häusern befindet sich auch das deutsche Hotel. Mit Ausnahme der Japaner sind alle Ausländer in Sicherheit. Die japanischen Verluste werden mit 20 Toten und 20-30 Vermissten angegeben. Unter der japanischen Zivilbevölkerung wird die Plünderung von 50 Häusern verzeichnet.

Ablehnung amerikanischer Vermittlung in Süchina durch Japan

Tokio, 8. Mai. Die amerikanische Botschaft stellt dem Außenministerium ein Telegramm des amerikanischen Generalkonsuls in Hanking zu, indem mitgeteilt wird, das die Hankingregierung die Vermittlung des amerikanischen Generalkonsuls zur Beilegung der Zwischenfälle zwischen den Südruppen und den Japanern in Anspruch zu nehmen gedenke. Das japanische Außenministerium lehnte die Vermittlung mit der Begründung ab, das die Hankingregierung die Verhandlungen mit Japan unmittelbar führen könne.

Seifersdorf (Waldbrand.) Vorgefieri nachmittag entstand zwischen Ottendorf und Lomnitz auf unausgeklärte Weise ein Waldbrand. Junger Baumbestand fiel dem Feuer zum Opfer. Die Geschädigten sind Seifersdorfer Gutsbesitzer. Zur Hilfeleistung waren die Feuerwehren von Ottendorf und Lomnitz erschienen. Mit Wasser und Erbschicht richteten sie dem Feuer zu Leibe. — Am vergangenen Sonntag vormittags gegen 11 Uhr entstand, jedenfalls durch Wegwerfen von Zigarettenresten, am Ausgange des oberen Boges ein größerer Waldbrand, dem zirka drei Scheffel vier- bis sechsjähriger Kiefernbestand zum Opfer fiel. Die Wehren von Ottendorf und Drilla Süd waren am Brandplatz erschienen und löschten durch umsichtiges Eingreifen den Brand. Glücklicherweise war eine gute Windrichtung, sonst hätte eventuell der ganze obere Bog dem Feuer zum Opfer fallen können.

Bautzen. (Tödllich überfahren.) In Rascha bei Bautzen wurde am Sonntag abend ein vor dem Hause spielender fünfjähriger Knabe von einem Auto überfahren; in das er direkt hineingelaufen war. Im Hause eines Arztes erlag das Kind seinen Verletzungen.

Ebersbach (Die dritte Arbeiterfreizeit) wurde vom sozialistischen Ausschuss für die Bezirke Löbau und Zittau vom 28. April bis 1. Mai hier veranstaltet. Etwa 35 Teilnehmer hatten sich zu dieser unter Pfarrer Endlers Leitung stehender Freizeitzusammenkunft. Wertvolle Vorträge über aktuelle Themen: „Ertrag der Arbeiterfreizeiten“, „Die evangelische Schule in Spandau“, „Die sozialistische Arbeit“, „Das Eigentum geschichtlich, rechtlich, sozial und christlich betrachtet“, „Volkswirtschaft“, ferner Vöbelerklärungen wurden gehalten. Außer Vertretern von Kirche und Schule wirkten noch mit Gewerkschaftssekretär Wager, Zittau, Arbeitersekretär Geh, Dresden, und Henje, Zittau.

Dresden. (Die Schlussabrechnung über das sächsische Sängerbundesfest 1925.) In der Stadtverordnetenversammlung am Montag stand nochmals die Schlussabrechnung über das sächsische Sängerbundesfest in Dresden 1925 zur Beratung. Am 3. Februar 1927 hatten die Stadtverordneten ihre Bedauern darüber ausgesprochen, das der Rat zum Bau der Festhalle 200 000 Mark Darlehen gewährt, ohne die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen, und weiter hatte er beschlossen, außer Rückzahlung die Verzinsung der Summe nach dem jeweiligen Satze des Reichsbankdiskonts zu fordern. Darauf hatte der Rat geantwortet, das Zinsen für das Darlehen von 200 000 Mark über für die jeweiligen Restbeträge vom sächsischen Sängerbund bis zum 31. Dezember 1926 nicht gefordert werden können, das aber der Sängerbund verpflichtet ist, den jeweiligen Rest zu verzinsen, und zwar mit 5% vom 1. Januar 1927 bis 31. März 1927 und mit den übrigen Verzugszinsen von 1. April 1927 an, sowie weiter das Zinsanzugamt zu beauftragen, die Restforderung mit den Zinsen nach dem 1. April 1927 ohne weiteres entgegenzunehmen. Weiter teilte der Rat mit, das der Sängerbund weiter aufgefordert worden ist, 5% Verzugszinsen von 1. Januar bis 31. März 1927 und 6% Verzugszinsen ab 1. April 1927 zu zahlen. Der Sängerbund ist dieser Verpflichtung nachgekommen. Die Zinsen beliefen sich für diesen Zeitraum auf insgesamt 295 Mark. Zwischen ist auch die Schlussabrechnung über das Sängerbundesfest eingegangen, die nach Prüfung durch das Rechnungsamt einen anerkannten Fehlbetrag von 100 053,25 RM aufwies. Zur Deduktion dieses Fehlbetrages standen die von der Stadt Dresden dem Sängerbund gewährten Garantiebeträge von je 50 000 RM zur Verfügung, die infolge des unangünstigen Abchlusses des Festes voll in Anspruch genommen wurden. Da nach den vorliegenden Darlegungen sowohl der Sängerbund als auch die Stadt den Zahlungspflichten engpältig genügt habe, kann schließl. lt werden, das nunmehr zwischen dem Sängerbund und dem Rate irgendwelche Verbindlichkeiten nicht mehr bestehen. — Die Kommunitäten beantragten, darüber hinaus zu fordern, das das verantwortliche Ratsmitglied zur Klärung der eingegangenen Zinsen heranzuziehen sei. Die ganze Angelegenheit wurde schließl. nochmals an den Finanzausschuss zurückverwiesen.

Dresden. (Ablehnung der Beamtenbesoldungsverordnung der Stadt Dresden.) Die Stadtverordneten lehnten in ihrer Sitzung am Montag u. a. alle Beschlusanträge für die Gehälter der Beamten des obersten Dienstes und der Ratsmitglieder ab. Auch die Besoldungsverordnung für die Beamten des Arbeitsamtes wurde abgelehnt und im übrigen ein Gutachten des Finanzausschusses zum Beschluß erhoben.

Dresden. (Brandstifter.) Behördliche Ermittlungen ergaben, das ein 14-jähriger Schulfknabe in der letzten Zeit vorsätzlich an mehreren Stellen in den staatlichen Forsten von Billniz und Großraupa Waldbrände angelegt hat. Er hat eingestanden, in drei Tagen siebenmal Waldbrände hervorgerufen zu haben.

Dresden. (Acht Jahre Zuchthaus für einen Mord.) Eine Bluttat, die im November die Kriminalpolizei beschäftigte, kam vor dem Schöffengericht Dresden zur Verhandlung. Angeklagt war der 23-jährige, wiederholt vorbestrafte Kuhmüller und Gelegenheitsarbeiter Dietrich wegen Vergehens gegen die §§ 176 und 177 wegen schweren Diebstahls im Rückfalle, Züchtung auf Verlangen und Urkundenfälschung. Dietrich hatte mit seiner Braut Helene Schönberg eine Reise nach Berlin unternommen und war, als das Geld vom letzten Einbruch zur Reize ging, nach Dippelsdorf bei Moritzburg zurückgekehrt. Dort wollte das Paar gemeinsam aus dem Leben scheiden. Dietrich verlor aber, nachdem er seine Braut getötet hatte, den Mut und hielt sich in der Umgebung von Dresden verborgen. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wie steht's mit dem beschlagnahmten deutschen Eigentum?

Anrechnung auf die Reparationszahlungen erforderlich.

Haag. Das Haager Schiedsgericht zur Auslegung der Bestimmungen des Dawesplans hielt unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Amerikaners Perkins, die erste Sitzung der dritten Session ab. Nach der Eröffnung der Verhandlungen erhielt sofort der Vertreter der deutschen Regierung Professor Dr. Kaufmann-Bonn das Wort zur Begründung des deutschen Standpunktes. Er führte in längeren Darlegungen aus, das Deutschland das Recht haben müsse, die Erdölse, die ihm nach dem 1. September 1924 aus den alliierten Ländern erfolgten Liquidationen der deutschen privaten Güter, Rechte und Forderungen gutgeschrieben wurden, von den auf Grund des Sachverständigenplanes zu leistenden Jahreszahlungen abzuziehen.

Hainichen. (Städtischer Fehlbetrag.) Der in der letzten Stadtverordnetenversammlung angenommene Haushaltsplan für 1928/29 erfordert 1 200 275 Mark. Deckungsmittel sind vorhanden in Höhe von 1 057 321 Mark. Der ungedeckte Fehlbetrag stellt sich somit auf 142 954 Mark.

Wauen. (Schulfknaben als Einbrecher.) Zwei Schulfknaben im Alter von 11 und 13 Jahren haben bei einer hier wohnenden Arbeiterin die zu ihrer Wohnung führende Bodenlampe erbrochen und, da sie Geld nicht fanden, sämtliche Behältnisse durchwühlt und schließlich einige Bücher mitgenommen. Sie hatten mit Zange, Schraubenzieher und Dietrich gearbeitet, die Klingelleitung durchschnitten und schließlich die Kammer verunreinigt.

Bad Elster. (Tödllich verunglückt.) Eine Betondecke, mit der eine Stahlquelle gefast und über die nach Aufschüttung von Erdmassen eine Kleinbahn geführt wurde, brach infolge Überlastung zusammen. Drei Arbeiter stürzten in die Tiefe; zwei konnten gerettet werden, während der dritte nur als Leiche geborgen werden konnte.

Leipzig. (Die Leipziger Metallarbeiter zum Schiedspruch.) In den Betrieben der Leipziger Metallindustrie hat gestern eine Urabstimmung stattgefunden über Annahme oder Ablehnung des im Lohnstreik der Metallarbeiter in Berlin gefällten Schiedspruches. Für den Schiedspruch haben sich 337, gegen den Schiedspruch 14 879 ausgesprochen, ungültig waren 462 Stimmen.

Die sächsischen Gemeindeleiter zur Verwaltungsreform

Dresden, 8. Mai. Die Vereinigung berufsmäßiger Gemeindeleiter Sachsens teilt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie ihre Wünsche und Forderungen zur Verfassungs- und Verwaltungsreform darlegt und zunächst vor allem die Notwendigkeit weitgehender Ermächtigung der Regierung durch den Landtag betont.

Es heißt da u. a.: Mit der Verwaltungsreform muß vor allem eine Verfassungsreform, die den Ländern und Gemeinden eine gewisse eigene Finanzhoheit wieder gibt, Hand in Hand gehen. Vor jeder weiteren Zentralisation, insbesondere auf ständischen Gebieten, muß geachtet werden. Die Verwaltungsreform — Vöbdenorganisation — muß vor allem bestimmen, das die Gemeinden im weitesten Umfang Träger derjenigen Verwaltungstätigkeit werden, die im täglichen Verkehre mit der Bevölkerung zu leisten ist. Es sind deswegen allen berufsmäßig geleiteten Gemeinden, deren Leitung und Beamtenschaft eine ordnungsmäßige Durchführung jener Arbeiten gewährleisten, die die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde voll zu übertragen. Andere Gemeinden können sich zu sogenannten Amtsbezirken zusammenfassen. Soweit dies nicht freiwillig geschieht, bestimmt die Aufsichtsbehörde, an welche Gemeinde Untergliederung zu erfolgen hat. Der Zusammenschluß kleiner und kleinster Gemeinden zu leistungsfähigeren Gemeinden ist zu erstreben.

Die Gemeindeaufsicht über die bezirksfreien Gemeinden führt das Ministerium des Innern. Die Amtshauptmannschaften, denen alle nicht bezirksfreien Gemeinden unterstehen, werden reine Staatsmittelbehörden, denen die jetzt getrennt arbeitenden Spezialbehörden des Staates anzugliedern sind. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Amtshauptmannschaften als Aufsichtsinstanzen zu beseitigen und, soweit sie als erstg. idende Behörde im Rechtsmittelzug oder als Verwaltungsgericht erster Instanz bisher tätig waren, unter Herbeiführung einer Vereinfachung (Verkürzung des Rechtsmittel- und Instanzenzuges) durch eine Spruchstelle für Sachsen zu ersetzen.

Die Bezirksverbände müssen hinsichtlich der Deckung ihres Finanzbedarfs entweder auf eigene Fänge gestellt werden oder ihr Recht auf Umlageerhebung wird begrenzt. Neue, nicht rein pflichtmäßige Aufgaben dürfen von den Bezirken nur mit einer qualifizierten Mehrheit übernommen werden. Der verantwortliche Leiter des Bezirkes muß Bezirksbeamter werden. Die vielen im Bezirksverband tätigen Ausschüsse namentlich soweit sie rein gefühlsmäßig tätig sein können, sind wesentlich einzuschneiden. Ebenfalls ist dafür zu sorgen, das jede Leistung von Doppelarbeit (Wohlfahrtspflege) zwischen dem Bezirksverband und seinen Gemeinden wegfällt. — Die Verwaltungskosten in den Gemeinden sind durch eine entsprechende Bureaufreform herabzumindern.

Der Beschluß von großer Wirkung.

Wenn der Winter vorüber war, so galt es seit altersher als feststehende Tatsache, das die Kohlenpreise nachließen und die Kohlenhändler eifrig bemüht waren, zu den sogenannten niedrigen Sonderpreisen den kommenden Wintervorrat abzusehen. In diesem Jahre erleben wir etwas anderes: Jetzt, wo es Mai geworden ist, eine Heraushebung der Kohlenpreise! Für den, der an seine Fernheizung allein denkt, mag dieser Vorgang belanglos sein. Es ist aber leider unumgänglich, das Kohlenpreiserhöhung den Verteuerung des Lebensunterhaltes mit sich bringen, so das jeder von Stunde an, wenn auch nur unheimbar, so doch auf die Dauer empfindlich die Kohlenpreiserhöhung spüren muß. Von der Kohle geht alles aus. Dieser Kohlenstoff billig gehalten, wirkt auf Produktion und Fabrikation. Zunächst müssen die Schornsteine rauchen, also die Kohlen bei der Produktion kalkuliert werden. Jeder teurere Kohleneinkauf muß auf die Fertigtgpreise aufgeschlagen werden. Gaswerke, Elektrizitätswerke zunächst leben von der Kohle, und werden auch diesmal nicht umhin können, eine Preis-

erhöht
der an
Elektri
werten
Kohle
wenn
wird.
die M
außer
bemer
preise
jedem
und e
Preis
auf di
einig
Deuts
aus d
möcht
Verdi
Di
Preis
rungs
Haupt
haben
Kohle
die i
und l
sich d
haupt
das d
ausgl
eigen
durch
auslä
Nus
lands
sein.
Kohle
arbeit
also d
höhu
schluß
bleibt
nach
fürdi
erhöb
durch
sichtl
rechtl
D
und
und
zu er
dem
der
Woh
mini
Wahl
Kohl
ohne
Reich
niste
Polit
part
Refo
präsi
Wahl
steier
— J
einer
an d
Ford
Part
Reich
ein.
müß
den.
schä
müß
So er
fo er
Bölk
polit
zeld
Abri
der
da d
liche
nicht
gewo
Frag
Part
Kam
Stre
justi
die
Schu
sei j
dar
schle
deckt
am
find